

**Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**  
**BUND Nordrhein-Westfalen, AK Atom**  
**Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen**  
**Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW**  
**Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau**  
**Sofortiger Atomausstieg (SOFA) Münster**

**Münster, 9. April 2014**

## **„Urananreicherungsanlage Gronau stilllegen“ „Uranmüll-Dauerlager in Gronau verschärft Atommüllproblem“**

### **18. April, 12.30 Uhr: Ostermarsch an Uranfabrik in Gronau**

Anti-Atomkraft-Initiativen, Umweltverbände und Friedensinitiativen forderten am heutigen Mittwoch bei einer Pressekonferenz von der Bundes- und Landesregierung NRW die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau. Außerdem forderten sie, die noch in diesem Jahr bevorstehende Eröffnung des Atommüll-„Zwischen“-Lagers in Gronau zu stoppen. Dort sollen – bundesweit einmalig – bis zu 60.000 Tonnen Uranoxid ohne zeitliche Befristung gelagert werden. Atomkraftgegner befürchten deshalb die Entstehung eines oberirdischen Endlagers in Gronau. Für Karfreitag, 18. April, (wenige Tage vor dem 28. Tschernobyl-Jahrestag) rufen inzwischen rund 40 Initiativen und Verbände gemeinsam zu einem Ostermarsch an der Urananreicherungsanlage in Gronau auf. Der Ostermarsch in Gronau findet als Auftakt des Ostermarschs Rhein – Ruhr statt und beginnt um 12.30 Uhr am Haupttor der Urananreicherungsanlage (Röntgenstraße 4 in Gronau).

„Die Urananreicherungsanlage Gronau ist eine zentrale Atomanlage in der Bundesrepublik Deutschland und der internationalen Atomindustrie. Sie kann den Uranbrennstoff für nahezu jedes zehnte Atomkraftwerk weltweit anreichern. Dennoch ist sie vom sogenannten Atomausstieg in der Bundesrepublik komplett ausgenommen. Wenn die Bundesregierung es mit dem Atomausstieg ernst meint, muss sie auch die Urananreicherung im eigenen Land beenden“, forderte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Mitglied im lokalen Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

„Die Atommüllproblematik wächst der Bundesregierung über den Kopf. Das neue Uranmülllager in Gronau verschärft die Problematik um den sicheren Verbleib von radioaktivem Abfall – auch, weil das Problem in die nächsten Generationen verschoben wird. Der Gronauer Uranmüll wird im Rahmen des neuen Standortauswahlgesetzes für die Bundesregierung nicht berücksichtigt – das ist unverantwortlich und verheißt für Gronau nichts Gutes,“ so Claudia Baitinger vom Arbeitskreis Atom des BUND NRW.

„Die Urananreicherung hat immer auch eine militärische Dimension. Sie ist der einfachste Weg zur Atombombe und selbst der abgereicherte Uranmüll wird noch für panzerbrechende Waffen genutzt. Mit dem gemeinsamen Ostermarsch in Gronau wollen wir deutlich machen, dass zu einer wirklichen Friedenspolitik zwingend der Ausstieg aus der Urananreicherung gehört,“ erklärte Joachim Schramm, Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) NRW.

„Völlig unverantwortlich sind auch die Verkaufspläne für die Betreiberfirma der Urananreicherungsanlage Gronau, die multinationale Urenco Ltd. Jeder Eigentümerwechsel bedeutet eine Weiterverbreitung der hochbrisanten Urananreicherungstechnologie. Die Bundesregierung muss mit ihrem Vetorecht diese Verkaufspläne stoppen. Die Devise muss lauten: „stilllegen statt verkaufen“, forderte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

**Weitere Infos:**

[www.ostermarsch-gronau.de](http://www.ostermarsch-gronau.de), [www.bbu-online.de](http://www.bbu-online.de), [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de), [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de),  
[www.urantransport.de](http://www.urantransport.de), [www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de), [www.ostermarsch-ruhr.de](http://www.ostermarsch-ruhr.de)